

<http://www.rheinischer-merkur.de/index.php?id=38851>

Drucken

» Fenster schließen

Datum: 03.12.2009

## NACHRÜSTUNG

### Die Straße bebte

Der Massenprotest gegen den Nato-Doppelbeschluss vor 30 Jahren war ein Stellvertreterkrieg zwischen den gesellschaftlichen Gruppen.

■ VON PHILIPP GASSERT

Im Gedenkmarathon zum 20. Jahrestag des Mauerfalls droht die Erinnerung an ein Ereignis zu verblassen, das zur Überwindung des Kalten Krieges einen wesentlichen Beitrag leistete: der „Doppelbeschluss“, den die Nato vor 30 Jahren am 12. Dezember 1979 in Brüssel fasste. An diesem trüben Dezembertag verkündeten die Außen- und Verteidigungsminister der westlichen Allianz, 108 Pershing-II-Raketen und 464 Cruise-Missiles zu stationieren. Gleichzeitig boten sie der UdSSR Verhandlungen über die beiderseitige Reduzierung nuklearer Waffen an. Daher der Name Doppelbeschluss.

Ein jahrelanges diplomatisches Tauziehen erreichte seinen ersten Höhepunkt. Seit 1976 hatte sich das weltpolitische Klima abgekühlt. Ende Dezember 1979 kehrte mit dem sowjetischen Überfall auf Afghanistan der Kalte Krieg unübersehbar zurück. Doch bereits kurz nach der KSZE-Abschlusskonferenz von Helsinki 1975 hatte die UdSSR mit der Stationierung moderner Backfire-Bomber und mobiler, mit mehreren Sprengköpfen ausgestatteter SS-20-Raketen begonnen. Präziser und weiter reichend als die schwerfälligen SS-4 und SS-5, drohten sie das europäische „Gleichgewicht des Schreckens“ aus der Balance zu bringen. Da die SS-20 nur Westeuropa erreichte und unter kein gängiges Kontrollregime fiel, tat sich, so Kanzler Schmidt, eine „Grauzone“ auf. Nutzte Moskau die Entspannung, um sich militärstrategische Vorteile zu verschaffen?

Indes: Nicht nur der Osten drehte an der Rüstungsspirale. Seit Anfang der 1970er-Jahre, parallel zu den schwebenden Salt- und KSZE-Verhandlungen, debattierten westliche Expertenstäbe intensiv über die Modernisierung des atomaren Potenzials. Treibende Kräfte waren die US-Verteidigungsminister James R. Schlesinger und Donald Rumsfeld, Letzterer war schon von 1975 bis 1977 in diesem Amt (und erneut ab 2001). Die von Vietnam traumatisierten USA schalteten schon unter Präsident Jimmy Carter auf eine konfrontativere Gangart um.

Doch auch die sozialdemokratischen Regierungen in London und Bonn wollten die Glaubwürdigkeit der Allianz verbessern und die USA fest an Europa binden, allen voran Premier James Callaghan und Kanzler Helmut Schmidt, der als der „Vater des Doppelbeschlusses“ in die Geschichte eingegangen ist. Technologischer Fortschritt eröffnete neue strategische Optionen – und verlangte Politik und Gesellschaft erhebliche Anpassungsleistungen ab.

Es blieb nicht lange ruhig auf den Straßen. Von Oslo bis Athen formierte sich eine

mächtige Opposition. Die Mitgliederzahl der britischen „Campaign for Nuclear Disarmament“ schoss von 3500 (1980) auf über 100 000 (1985) hoch. In der Bundesrepublik unterschrieben 1980 mehr als vier Millionen Menschen den „Krefelder Appell“, obwohl ihn kommunistische Gruppen initiiert hatten. Im Oktober 1981 demonstrierten 300 000 Menschen in Bonn, im Londoner Hyde Park 250 000. Auch in Amsterdam (350 000), Brüssel (200 000) und Rom (500 000) kam es zu Massenprotesten. Im Juni 1982 legte eine knappe Million Demonstranten New York lahm.

## Widerhall in der Populärkultur

Das Gespenst des nuklearen Weltuntergangs ging um in Europa. Befragt nach den Motiven für ihre Proteste, nannten die Anhänger der Friedensbewegung moralische Empörung über die Zerstörungskraft atomarer Waffen. Das fand in der Populärkultur Widerhall. Filme wie „The Day After – Der Tag danach“ oder „Wenn der Wind weht“ imaginierten den „nuklearen Holocaust“. Sie zeichneten in drastischen Bildern die Folgen eines nuklearen Schlagabtausches, schilderten das Siechtum atomar verseuchter Menschen und inszenierten den Zusammenbruch öffentlicher Ordnung in postnuklearen Orgien anarchischer Gewalt. Gleichzeitig prophezeiten sie die neue Steinzeit des „nuklearen Winters“. Das Wort „Angst“ nistete sich in das englische Vokabular ein. Lieder wie Nenas „99 Luftballons“ und Nicoles „Ein bisschen Frieden“ schoben sich in den Hitlisten nach vorn.

Diese machtvolle Rückkehr des nuklearen Tods war keine Selbstverständlichkeit. Seit Jahren lagerten in Europa atomare Sprengkörper, gegen die kaum mehr protestiert wurde. Die Menschen hatten sich an das „Leben mit der Bombe“ gewöhnt. Warum brach die Debatte erneut auf?

Das hatte erstens mit dem Doppelbeschluss zu tun. Indem der Westen Modernisierung und Abrüstungsangebot verknüpfte, hatte er sich einen Fallstrick gespannt. Die Nato musste erklären, warum trotz mehrfach garantierter wechselseitiger atomarer Vernichtung ein reales Ungleichgewicht existierte. Sie musste beweisen, dass die europäischen Partner ohne Pershing II erpressbar würden. Und sie musste verteidigen, warum die Verhandlungen keine Erfolge zeitigten. Kurzum: Sie hatte es mit einer pluralistischen Öffentlichkeit zu tun, die eine alte Grundtatsache des Ost-West-Konflikts neu entdeckte, während die sowjetische Führung unbeeinträchtigt von interner Opposition agieren konnte und sogar die westliche Friedensbewegung finanziell unterstützte.

Eine zweite Antwort lautet schlicht „Reagan“, „Thatcher“ und „Kohl“, das heißt die Protagonisten der konservativen Wende der 1980er-Jahre. Der Doppelbeschluss war ursprünglich eine sozialdemokratische Idee gewesen. Nachdem Callaghan, Carter und Schmidt über innerparteiliche Widerstände gestürzt waren, lehnte die parlamentarische Linke die Nachrüstung ab. Da außenpolitische Fragen in der Regel nicht wahlentscheidend sind, eignete sich der Doppelbeschluss zu rhetorischer Frontbegründung. Das schloss die Befürworter ein: Denn Kohl, Reagan und Thatcher konnten so kostengünstig Standfestigkeit und Bereitschaft zu „unpopulären“ Entscheidungen demonstrieren. Am Thema Doppelbeschluss wurde stellvertretend die „Wende“ abgearbeitet, zumal US-Präsident Reagan das linksliberale Unbehagen an der amerikanischen Politik personifizierte.

Drittens reduzierte die Nachrüstungsfrage komplexe Prozesse gesellschaftlichen Wandels auf einfache Formeln. Vor dem Hintergrund der Ölpreisschocks waren in den 1970er-Jahren Zweifel an technischen Problemlösungsansätzen gewachsen. Dafür standen Bestseller wie „Die Grenzen des Wachstums“. In der SPD gewannen diejenigen die Oberhand, die sich wie Egon Bahr, Erhard Eppler und Oskar Lafontaine „postmateriellen“ Werten öffneten, nicht zuletzt um das linksalternative Spektrum parteipolitisch zu reintegrieren. Auch hier lagen sie mit Kanzler Schmidt über Kreuz. Ähnlich verhielt es sich

in der Labour Party.

## Die Grünen entstehen

In diesem Sinne war die Debatte cum grano salis ein Stellvertreterkrieg – mit Konsequenzen. In Deutschland etablierte sich das Vierparteiensystem dauerhaft. Die sozialliberale Regierung Schmidt-Genscher zerbrach zwar hauptsächlich an wirtschaftspolitischen Differenzen; auch die Grünen waren schon zuvor im Protest gegen die Atomkraft entstanden. Ohne die die Gesellschaft aufrüttelnde Nachrüstung hätte sich die neue Konstellation vermutlich jedoch nicht durchgesetzt.

Umgekehrt trug der Widerstand gegen den „atomaren Wahnsinn“ auch bei konservativen Kräften zum Umdenken bei, nachdem die Nachrüstung erst einmal durchgesetzt worden war. Reagan überraschte mit dem Vorschlag einer „Nulllösung“ und beendete seine zweite Amtszeit als Friedenspräsident. Auch die UdSSR lenkte ein. Gorbatschow beendete die ruinöse Hochrüstungspolitik, waren doch seine Vorgänger auf ganzer Linie gescheitert. Als am 8. Dezember 1987, fast auf den Tag acht Jahre nach jener schicksalhaften Nato-Entscheidung in Brüssel, Gorbatschow und Reagan im Weißen Haus den alle Mittelstreckensysteme liquidierenden INF-Vertrag unterzeichneten, war ein europäischer Nuklearkrieg unwahrscheinlich geworden.

■ Philipp Gassert ist Professor für transatlantische Geschichte an der Universität Augsburg. Zuletzt erschien von ihm im Reclam Verlag das Buch „Kleine Geschichte der USA“.

© Rheinischer Merkur Nr. 49, 03.12.2009



**Artikel kommentieren**